

Aus des Freibades ist besiegelt

Der Stadtrat sprach sich für ein Außenbecken am Dinamare und einen Freizeitpark in Hiesfeld aus. Weiteres Thema: Der Klimanotstand wird nicht ausgerufen

Von Anja Hasenjürgen

Dinslaken. Es war ein Sterben auf Raten, doch ist das endgültige Aus des Freibades gekommen. Der Stadtrat - und zuvor auch der Sport- und Hauptausschuss - haben sich Dienstag mit den Stimmen von SPD und CDU dem Verwaltungsvorschlag angeschlossen, die Sanierung des Freibades nicht fortzuführen, statt dessen ein Außenbecken am Dinamare zu bauen und auf dem Gelände des Freibades einen Freizeitpark zu planen.

Demo in Badehosen

Der Freibadverein und die Linken hatten für Freibadatmosphäre vor dem Rathaus gesorgt - die angekündigte Demo blieb aber zumindest bei den Mitgliedern des Sportausschusses ohne Wirkung. Dazu dürfte auch der Vortrag von Wolfgang Hein beigetragen haben. Der Architekt des Freibadvereins und stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Schwimmverbandes, der, wie er betonte, von keiner der Parteien be-



Die Demo des Freibadvereins vor dem Rathaus zeigte keine Wirkung. Das Freibad ist am Ende. FOTO: HEIKO KEMPEN / FFS

tonte, von keiner der Parteien bezahlt werde, sprach ganz offen. Er stellte noch einmal seine „Skizze“ für ein Freibad samt Spraypark in Hiesfeld vor. Er gestand aber auch zu, dass seine Planung von „normalen Bodenverhältnissen“ ausgehe – die in Hiesfeld nach Aussage der von den Stadtwerken vorgebrachten Gutachten nicht vorhanden seien. Ein Außenbecken am Dinamare sei wirtschaftlicher, die Umgebung des Freibades mit Schulen und Wohnbebauung hingegen städtebaulich vorteilhafter. „Ich beneide Sie nicht“, sagte er in Richtung der Politiker.

Die, so prognostizierte Peter Steinbeißer für die SPD mit Bezug auf den rauen Ton in sozialen Medien zu dem Thema, „morgen ohnehin die Prügel abbekommen“ würden. Noch einmal wurden alle Möglichkeiten durchdiskutiert: Hydraulikstempel, Rüttelstopfsäulen, und der Boden, der doch „noch nie anders“ gewesen sei, so Lilo Wallerich. Sie war, ebenso wie Freibadverfeins-

vorsitzender Thomas Giezek vom Vereinsvorstand zurückgetreten, um in der Sitzung Rederecht zu bekommen. „Am Abstimmungsergebnis ändert das ja ohnehin nichts“, resignierte Thomas Giezek. Und behielt Recht. „Schweren Herzens“, so Ronny Schneider (SPD) beschloss der Rat das Aus des Freibades

Überraschende Abstimmung

Mit einem überraschenden Ergebnis endete die Abstimmung zur Frage, ob die Stadt den Klimanotstand ausrufen solle. Die Mehrheit der im Stadtrat vertretenen Politiker verweigerte einem entsprechenden Bürgerantrag von Tomas Cabral, der von der Stadtverwaltung ausdrücklich unterstützt wurde, die Zustimmung. Weil die SPD sich im Vorfeld nicht auf eine Fraktionsmeinung einigen konnte, war den Genossen die Abstimmung freigegeben. Am Ende gab es daher mit 23 Stimmen eine

„Ich beneide Sie nicht“

Wolfgang Hein, Architekt des Freibadvereins zu den Ratsleuten vor der Abstimmung zum Freibad

knappe Mehrheit gegen den Antrag.

Die CDU hatte sich im Vorfeld schon in einem Positionspapier gegen den Klimanotstand ausgesprochen. Der Begriff erwecke den Eindruck es handle sich um eine „Extremsituation, die es zu beseitigen“ gelte. Solange der Notstand nicht entschärft sei, seien „alle anderen Dinge nachrangig“, so Wansing und führte etwa Straßenbau und sozialen Wohnungsbau an. Ein „Klimanotstand“ der aber nur symbolischer Natur sei, werde von der CDU nicht mitgetragen. Die CDU legte einen eigenen Antrag zur „Klimage-rechten Stadtentwicklung“ vor, der

auf Bitten der Verwaltung aufgrund der Komplexität in die nächste Sitzungsperiode verschoben wurde.

Die Grüne Birgit Emmerich warf der CDU Inkonsequenz vor, wenn es um die tatsächliche Umsetzung von Klimazielen gebe. Kristina Grafen (SPD) argumentierte leidenschaftlich für die Annahme der Resolution und mahnte, die CDU löse mit der Zuspitzung, der Klimanotstand verhindere die Martinikirmes, eher Ängste aus als sie zu nehmen. Auch UBV, Linke und BNP sprachen sich für die Annahme der Resolution aus.

Der Begriff Klimanotstand sei lediglich eine Übersetzung des englischen Begriffs Climate Emergency, stellte Bürgermeister Michael Heidingen klar. Damit wolle Dinslaken, das bereits auf einem guten Weg sei, auch „auf dringend erforderliche Handlungsmöglichkeiten weltweit“ verweisen. Die Mehrheit im Rat sah diese Notwendigkeit nicht.